

Ausschuss für Klima- und Umweltschutz

Einladung

Gremium: Ausschuss für Klima- und Umweltschutz - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 15.06.2026, 17:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses, Sophienstr. 27, 26180 Rastede

Rastede, den 04.06.2026

1. An die Mitglieder des Ausschusses für Klima- und Umweltschutz
2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 09.02.2026
- TOP 4 Einwohnerfragestunde
- TOP 5 Sachstand zur Machbarkeitsstudie "Regenwassernutzung"
Vorlage: 2026/106
- TOP 6 Einrichtung eines Arbeitskreises Mobilität und Verkehr
Vorlage: 2026/103
- TOP 7 Umsetzung eines Carsharing-Systems
Vorlage: 2026/101
- TOP 8 Einführung eines Lastenrad-Sharings
Vorlage: 2026/102
- TOP 9 Anfragen und Hinweise
- TOP 10 Einwohnerfragestunde

TOP 11 Schließung der Sitzung

Mit freundlichen Grüßen
gez. Krause
Bürgermeister

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2026/106freigegeben am **04.06.2026****Stab**

Sachbearbeiter/in: Nolte, Heidrun

Datum: 27.05.2026

Sachstand zur Machbarkeitsstudie "Regenwassernutzung"

Beratungsfolge:Status

Ö

Datum

15.06.2026

Gremium

Ausschuss für Klima- und Umweltschutz

Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Im vergangenen Jahr wurde seitens der Gemeinde Rastede eine Kooperationsvereinbarung zur Erarbeitung eines Konzeptes zur Nutzung von Grauwasser mit dem Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverband (OOVV) abgeschlossen. Gegenstand der unterzeichneten Kooperationsvereinbarung ist nach fachlicher Abstimmung zwischen den Projektbeteiligten die Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur Identifikation der Nutzungspotenziale von Regenwasser im Einklang mit dem integrierten Klimaschutzkonzept der Gemeinde (Maßnahme KluWASS 4).

In der Machbarkeitsstudie zur integrierten Regenwassernutzung soll untersucht werden, wieviel Regenwasser als Ressource in Qualität und Quantität zur Verfügung steht. Darauf aufbauend werden Optionen für die Regenwassernutzung weiter ausgearbeitet. Schlussendlich sollen Empfehlungen zu Nutzungspotenzialen von Regenwasser sowie dem weiteren Vorgehen gegeben werden. Zur Finanzierung der Konzepterstellung durch ein Dienstleistungsunternehmen wurden jeweils 15.000 Euro von der Gemeinde und dem OOVV zur Verfügung gestellt.

Im Laufe der vorbereitenden Projektarbeiten wurde das Projektteam (Klimaschutzmanagement Gemeinde Rastede sowie Projektbearbeitung OOVV) auf das Förderprogramm der NBank „Klimafolgenanpassung Wasserwirtschaft“ aufmerksam und beabsichtigt nunmehr, zusätzliche Fördermittel zu akquirieren. Auf diese Weise könnte das Projektbudget perspektivisch um 80.000 Euro erhöht und das Konzept auf weitere Zielgruppen (Privathaushalte, Gewerbe, kommunale Liegenschaften, etc.) ausgeweitet werden.

Aus diesem Grund wird aktuell eine Änderung des bestehenden Kooperationsvertrags zwischen der Gemeinde Rastede und dem OOWV erarbeitet und die Antragstellung bei der NBank vorbereitet. Als erweiterte Projektlaufzeit ist ein einjähriger Zeitraum, abhängig von der Bewilligung der Fördermittel, ab dem 1. April 2027 geplant.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine über die bestehende Kooperation hinaus.

Auswirkungen auf das Klima:

Durch eine Förderung der nachhaltigen Nutzung von Regenwasser kann Trinkwasser eingespart und damit Trockenheit entgegengewirkt werden.

Anlagen:

Keine.

Beschlussvorlage

Vorlage-Nr.: 2026/103freigegeben am **04.06.2026****Stab**

Sachbearbeiter/in: Nolte, Heidrun

Datum: 26.05.2026

Einrichtung eines Arbeitskreises Mobilität und Verkehr

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	15.06.2026	Ausschuss für Klima- und Umweltschutz
N	23.06.2026	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Arbeitskreis Mobilität und Verkehr mit Fachleuten einzurichten. Für die fachliche Begleitung und Moderation soll ein Planungsbüro beauftragt werden.

Sach- und Rechtslage:

Das integrierte Klimaschutzkonzept der Gemeinde Rastede sieht im Verkehrssektor die Einrichtung eines Arbeitskreises Mobilität und Verkehr vor (Maßnahme MuV-1), um auf ein Fokuskonzept Mobilität hinzuarbeiten. Der Arbeitskreis Mobilität und Verkehr kann ferner dazu beitragen, Maßnahmen herauszuarbeiten, die unmittelbar auf lokaler Ebene umgesetzt werden können oder als fachlich geprüfte und abgestimmte Maßnahmenbausteine in übergeordneten Themenbereichen an den Landkreis Ammerland weitergegeben werden.

Damit übernimmt der Arbeitskreis eine Doppelfunktion: Er entwickelt konkrete lokale Lösungen und liefert zugleich strategisch relevante Inhalte für die übergeordnete Mobilitätsplanung des Landkreises.

Nachdem bereits im Zuge der Erstellung des integrierten Klimaschutzkonzeptes eine umfassende Bürgerbeteiligung erfolgt ist und zahlreiche Themenfelder identifiziert worden sind, die in ein Fokuskonzept Mobilität fließen sollen, ist verwaltungsseitig beabsichtigt, den Arbeitskreis fachbezogen zu besetzen.

Er soll dabei aus einem inneren Kern bestehen, an dem das Klimaschutzmanagement, der Fachbereich Verkehr und Tiefbau sowie weitere Fachleute der Bereiche Verkehr und Gemeindeentwicklung mitwirken sollen. Zu verschiedenen verkehrspolitischen Themen sollen weitere Fachexperten hinzugezogen werden, die Anhand von beispielsweise Best-Practice-Beispielen

Lösungsansätze präsentieren können. Die Politik soll im Rahmen ihrer Gremiensitzungen über die Arbeit und Ergebnisse des Arbeitskreises einbezogen werden.

Beispiele für Arbeitsthemen können die Entwicklung von innerörtlichen Rad- und Fußverkehrswegen, die Identifikation von Maßnahmen zur Abdeckung bisher fehlender ÖPNV-Angebote, die Prüfung eines Bahnhaltepunkts Hahn-Lehmden oder die Entwicklung von Mobilitätsstationen (Umstieg zwischen verschiedenen Verkehrsträgern) unter Einbeziehung von Sharing-Angeboten sein.

Für die Begleitung, Lenkung und Moderation des Arbeitskreises soll im nächsten Schritt ein Fachplaner engagiert werden. Zu diesem Zweck wurden seitens der Verwaltung bereits mit mehreren Fachbüros Gespräche geführt, die ihre Ideen und Ansätze präsentiert haben. Aus den dort gewonnenen Erkenntnissen soll nunmehr ein Leistungsverzeichnis erstellt und konkrete Angebote eingeholt werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel für die Einrichtung eines Arbeitskreises Mobilität und Verkehr stehen grundsätzlich zur Verfügung; nach ersten Gesprächen mit möglichen Planungsbüros ergibt sich ein möglicher Kostenrahmen von 8.000 bis 15.000 Euro.

Auswirkungen auf das Klima:

Zunächst keine. Die Förderung von nachhaltigen Mobilitätsansätzen kann zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes beitragen.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2026/101freigegeben am **04.06.2026****Stab**

Sachbearbeiter/in: Nolte, Heidrun

Datum: 26.05.2026

Umsetzung eines Carsharing-Systems

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	15.06.2026	Ausschuss für Klima- und Umweltschutz
N	23.06.2026	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Firma Deer Mobility GmbH einen Vertrag zur Bereitstellung eines Carsharing-Angebots abzuschließen und die Umsetzung verwaltungsseitig zu begleiten.

Sach- und Rechtslage:

Im Rahmen der letzten Sitzung des Ausschusses für Klima- und Umweltschutz am 9. Februar 2026 (vgl. Vorlage 2026/017) wurde eine mögliche Kooperation zur Einführung eines Carsharing-Angebotes mit der Firma Deer Mobility GmbH vorgestellt und die Verwaltung beauftragt, einen entsprechenden Vertragsentwurf zu prüfen. Dies ist in der Zwischenzeit erfolgt.

Zugehörige Fragestellungen wie beispielsweise zur Einholung einer Sondernutzungsgenehmigung (§ 18a des Niedersächsischen Straßengesetzes) für den Betrieb einer Carsharing-Station oder zur Beschilderung des Standortes konnten sowohl verwaltungsintern als auch mit dem Dienstanbieter vorangetrieben werden. Als möglichen Standort schlägt die Verwaltung zwei Parktaschen in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Rastede vor. Derartige zentrale Lagen und Verknüpfungen mit dem ÖPNV werden auch seitens des Dienstanbieters für sinnvoll erachtet.

Nach Abschluss der Prüfung empfiehlt die Verwaltung einen Vertragsabschluss, der im Kontext einer Kooperation mit weiteren Gemeinden (zunächst zwei Gemeinden im Landkreis Diepholz, darüber hinaus mindestens eine Ammerland-Kommune in Prüfung) zu einer Preisermäßigung führt, für angezeigt. Die Firma Deer Mobility GmbH stellt sich dabei als bestehender Anbieter im ländlichen und kleinstädtischen Raum dar und bietet gegenüber anderen Anbietern das Alleinstellungsmerkmal, reine Elektrofahrzeuge bereitzustellen.

Parallel hierzu wird die Förderung des Vorhabens über die LEADER-Region Parklandschaft Ammerland angestrebt.

Finanzielle Auswirkungen:

Für die Einrichtung des Angebotes inklusive Ladesäule, Netzanschluss und Fundamentarbeiten fällt ein Eigenbeitrag der Gemeinde in Höhe von 8.900 Euro an, zuzüglich geringfügiger Kosten im Zusammenhang mit Markierungen und Beschilderungen. Entsprechende Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Laufende Kosten entstehen keine.

Auswirkungen auf das Klima:

Mit der Einführung eines Carsharing-Angebots mit reinen Elektrofahrzeugen kann zu einer Reduzierung der CO₂-Emissionen im Verkehrssektor beigetragen werden, indem eine Alternative zum motorisierten, insbesondere auf Verbrennermotoren basierten Individualverkehr geschaffen wird.

Anlagen:

Anlage 1 – Lage und Bebilderung der beiden Stellplätze am Bahnhof



Ollerkamp

Beschlussvorlage

Vorlage-Nr.: 2026/102freigegeben am **04.06.2026****Stab**

Sachbearbeiter/in: Nolte, Heidrun

Datum: 26.05.2026

Einführung eines Lastenrad-Sharings

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	15.06.2026	Ausschuss für Klima- und Umweltschutz
N	23.06.2026	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung eines kommunalen Lastenrad-Sharings vorzubereiten und entsprechende Kooperationspartner zu gewinnen.

Sach- und Rechtslage:

Der Ausbau nachhaltiger Mobilitätsangebote ist ein zentraler Bestandteil des kommunalen Klimaschutzkonzeptes. Elektrisch unterstützte Lastenräder ermöglichen emissionsfreie Transporte im Alltag und bieten eine attraktive Alternative zum Pkw, insbesondere für kurze innergemeindliche Wege. Sie können ein niedrighschwelliges Angebot für Bürgerinnen und Bürger darstellen, die ein E-Lastenrad ausprobieren möchten. Auch Menschen, die sich kein eigenes Kfz oder E-Lastenrad leisten könnten, werden auf diese Weise in die Lage versetzt, kostengünstig Lasten zu transportieren. Neben der sozialen Teilhabe sind E-Lastenräder gegenüber herkömmlichen Lastenrädern auch für wenig trainierte oder körperlich eingeschränkte Menschen geeignet.

Als mögliche klimaschützende Maßnahme im Verkehrssektor schlägt die Verwaltung die Anschaffung zweier E-Lastenräder im Sharingmodell zum Einstieg in diese Form der Mobilität vor, um Nachfrage, Nutzungsverhalten und organisatorische Anforderungen zu erproben. Hierzu hat die Verwaltung Kontakt mit lokalen Fahrradhändlern und Kooperationspartnern für den Betrieb eines Sharingsystems aufgenommen.

Danach wäre ein denkbare Betriebsmodell die Anschaffung zweier Räder, die durch einen örtlichen Fahrradhändler für die Ausleihe bereitgestellt, darüber hinaus aber auch betreut und gewartet werden. Hierzu zählt auch der Transport falsch abgestellter Räder an den Stellplatz.

Ergänzend zu dieser Kooperation soll mit einem etablierten Sharing-Anbieter zusammengearbeitet werden, der über eine digitale Buchungsplattform und App verfügt, um die Reservierung der E-Lastenräder möglichst niedrigschwellig und digital anbieten zu können. Beabsichtigt ist, die Nutzung der E-Lastenräder kostenfrei zu gestalten und nach einem Jahr zu evaluieren.

Parallel hierzu wird die Förderung des Vorhabens über die LEADER-Region Parklandschaft Ammerland angestrebt.

Finanzielle Auswirkungen:

Es wird davon ausgegangen, dass die Einführung einerseits einmalige Investitionskosten im Bereich von ca. 9.000 bis 14.000 Euro für zwei E-Lastenräder sowie andererseits laufende Betriebskosten von 1.000 bis 2.000 Euro jährlich für die Wartung, Versicherung, Software/Nutzung der digitalen Buchungsplattform und das Tracking entstehen. Die exakten Kosten sind noch zu ermitteln.

Die möglichen Ausgaben sind durch die Haushaltsmittel für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept gedeckt; gegebenenfalls erfolgt eine Förderung des Vorhabens über die LEADER-Region Parklandschaft Ammerland.

Auswirkungen auf das Klima:

Die Einführung eines Lastenrad-Sharings kann zur Reduzierung der CO₂-Emissionen im Verkehrssektor und damit zum Erreichen der Klimaschutzziele beitragen.

Anlagen:

Keine.